

**Rede zur Erinnerung an die  
Auflösung des Regensburger  
Stadtrates im Jahre 1933,  
gehalten am 25. April 2013 in der  
Stadtratssitzung von  
Oberbürgermeister Hans  
Schaidinger**

---

Meine sehr verehrten Damen und  
Herren des Stadtrats, liebe  
Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 30. Januar diesen Jahres jährte  
sich zum 80. Mal die  
Machtübernahme der  
Nationalsozialisten in Deutschland.  
Damit begann ein Kapitel der  
deutschen Geschichte, an dessen  
Ende unermessliches menschliches  
Leid und eine zerstückelte,  
zerstörte und ausgeblutete Nation  
stand, nach einem Krieg, der das  
politische Gesicht der Welt gänzlich  
verändert hatte.

Die „unfertige“ Nation in der Mitte des europäischen Kontinents hatte große Schuld auf sich geladen und konnte erst 45 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges wieder als vollständig gleichberechtigtes Mitglied in die Gemeinschaft der Völker zurückkehren.

Am 30. Januar 1933 berief Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Wir wissen heute, dass dies ein entscheidender Tag auf dem Weg unserer Nation ins Verhängnis war, ein Verhängnis, das selbstverständlich auch unsere Stadt nicht verschonte. Darum möchte ich heute im Kreise des Stadtrats und vor den Bürgerinnen und Bürger an das Geschehen auf dem Weg in den Unrechtsstaat in unserer Stadt erinnern. Neben dem Stadtarchiv habe ich dafür

hauptsächlich das Buch von Helmut Halter „Stadt unterm Hakenkreuz“ sowie seinen Aufsatz „Die Hakenkreuzfahne über dem Rathaus“ sowie die Publikation von Wilhelm Kick „Sag es unseren Kindern. Widerstand 1933 – 1945“, Erich Zweck „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922 – 1933“ und Rainer Ehm „100 Jahre SPD-Bezirksverband Oberpfalz. 60 Jahre Wiederbegründung“ als Grundlage genommen.

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme am 30. Januar 1933 war in unserer Stadt noch keine konkrete Veränderung spürbar, politisch bestimmend waren die beiden großen Parteien, SPD und Bayerische Volkspartei BVP.

Die Tatsache, dass der Reichspräsident den Reichstag zwei Tage nach der Machtergreifung, am 1. Februar 1933, auflöste und Neuwahlen ansetzte, schien in der Stadt zunächst auch keine größeren Veränderungen anzukündigen. Der Fackelzug von etwa 800 bis 1 000 Männern von SA, SS, HJ und Stahlhelm durch Regensburg am Abend dieses Tages scheint nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen zu sein, jedenfalls werden von Zeitzeugen handgreifliche Auseinandersetzungen der Marschierenden mit Zuschauern berichtet. (Zweck, S. 248f)

Der Terror gegen die politischen Gegner begann in Preußen. Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit, die Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung in Städten und

Gemeinden und die Besetzung der Spitzenpositionen der preußischen Polizei mit politisch genehmen Personen markierten den Beginn des Unrechtssystems.

Den Terror weiteten dann SA, SS und Stahlhelm nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 auf ganz Deutschland aus: Politische Gegner wurden inhaftiert, gefoltert oder gar umgebracht. Die Verfolgung des demokratischen politischen Spektrums, insbesondere der politischen Linken, wurde legitimiert durch die am späten Nachmittag des 28. Februar 1933 vom Reichspräsident Hindenburg unterschriebene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“. Damit wurden wesentliche Grundrechte der Verfassung und Prinzipien des Rechtsstaats wie Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Post- und

Telefongeheimnis, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Vereinigungsrecht sowie die Gewährleistung des Eigentums außer Kraft gesetzt wurden. Ein besonders dramatisches Beispiel: Statt wie bisher mit lebenslangem Zuchthaus konnten nun Hochverrat, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge, Attentate und selbst die Beschädigung von Eisenbahnanlagen mit dem Tod bestraft werden.

In Bayern und speziell im Regensburger Raum kam es zwar vor der für den 5. März angesetzten Reichstagswahl im Wahlkampf immer wieder zu Gewalttaten, Manipulationsversuchen und vor allem nach dem Reichstagsbrand auch zu Polizeimaßnahmen gegen KPD-Angehörige. Die Landespolizeien waren noch nicht so einfach als Herrschaftsinstrumente der

Reichsregierung zu missbrauchen;  
unmittelbar vor der Wahl verbot die  
bayerische Regierung sogar für  
einige Tage das lokale NS-Blatt, die  
'Bayerische Ostwacht'.“ (Halter,  
S. 37)

Der ehemalige Stadtrat und  
Bürgermeister Hans Weber  
beschrieb die Situation damals so:  
„Der 30. Januar 1933 ging an  
Regensburg ohne viel Beachtung  
vorüber. Es gab zwar vereinzelte  
Übergriffe, doch die richtigen  
Gewalttaten begannen später. Die  
Verprügelei ist erst richtig  
losgegangen nach dem 5. März. Da  
wurden dann einzelne SPDler, die  
sich mit der SA angelegt hatten,  
geholt und verprügelt.“ (nach  
Zweck, S. 253)

Trotz des Terrors vor allem in der  
Folge des Reichstagsbrandes und  
einer Propagandaoffensive, wie sie  
Deutschland noch nicht gesehen

hatte, gelang der NSDAP bei den Wahlen am 5. März 1933 nicht der erwartete Erfolg. Sie blieb auf die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) angewiesen.

Auch in Regensburg hatte sich die NSDAP steigern können, lag aber mit 30,58 Prozent immer noch 10 Prozent hinter der BVP mit 40,13 Prozent. Die SPD errang 18,15 Prozent. Die demokratischen Kräfte im bayerischen Landtag standen mit ihrer Mehrheit hinter der Regierung Held (BVP). Und während im Reich unmittelbar nach dem Wahltag die Gleichschaltung der meisten nicht durch die Nationalsozialisten beherrschten Länder vollzogen wurde, versicherte Reichspräsident von Hindenburg Bayern noch am 8. März, dass keine Einsetzung eines Reichskommissars erfolgen würde. Doch bereits am folgenden Tag wurde in Nürnberg die sogenannte

„Nationale Revolution“ inszeniert,  
die schließlich am Abend  
desselben Tags zur Einsetzung von  
Franz Ritter von Epp zum  
Reichsstatthalter in Bayern führte.

Die Aktivitäten von SA, SS und  
Stahlhelm an diesem Tag, dem  
9. März 1933, sollten auch in  
Regensburg zum Fanal für die  
angeblich ‚neue‘ Zeit werden.

Auch bei uns begann wie in allen  
größeren Städten Bayerns parallel  
zur Entmachtung der  
Landesregierung der Sturm auf die  
Rathäuser.

Bereits am Vortag hatte die  
Tageszeitung des Gauleiters Hans  
Schemm, die "Bayerische  
Ostwacht", Oberbürgermeister  
Hipps Absetzung gefordert, wenn  
er weiterhin gegen die NSDAP  
vorgehe. Am 9. März selbst ging  
dann das Gerücht in Regensburg

um, um 18 Uhr solle das Rathaus besetzt werden.

Tatsächlich erschien gegen 18.30 Uhr NSDAP-Kreisleiter Weigert an der Spitze von sechs uniformierten SA-Männern im Rathaus und forderte, dass die Hakenkreuzfahne auf dem Gebäude gehisst werde.

Oberbürgermeister Otto Hipp fragte die SA-Leute nach der Rechtsgrundlage für ihr Verlangen, er erhielt die lapidare Antwort: "Wir verlangen das einfach als Regierungspartei". Im Namen der Stadt protestierte der Oberbürgermeister. Er konnte aber nicht verhindern, dass sich Weigert mit seinen Leuten zum Rathhausturm und dann, als er diesen verschlossen fand, zum Vorzimmer der beiden Bürgermeister begab. Dort wurden die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Reichsfahne aus dem

Fenster gehängt, angeblich unter dem Jubel der vor dem Rathaus versammelten Menge, die nach kurzen Ansprachen des Kreisleiters und des Stahlhelmführers Geis das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied absang.

Der Protest von Oberbürgermeister Dr. Hipp in München und Berlin verhallte ungehört, denn um 20.15 Uhr hatte der Reichspräsident auf der Grundlage der Reichstagsbrand-Verordnung und gegen den Widerstand der Regierung Held General von Epp zum Reichskommissar für Bayern ernannt. Bayern war damit gleichgeschaltet.

Noch am selben Abend besetzte die Landespolizei, die angabegemäß „zur Sicherheit“ am Regensburger Gewerkschaftshaus „Paradiesgarten“ aufgezogen war, das Gebäude. Dasselbe geschah

mit dem Druckereigebäude der Volkswacht in der Spatzengasse 1, wo sich auch das Bezirksbüro der SPD befand, das gleichfalls zunächst "bewacht" und dann von der Polizei besetzt wurde. Am selben Abend durchsuchte die Landespolizei zeitgleich mit der Aktion gegen die Volkswacht die Verlage des katholisch-konservativen "Anzeigers" und des ehemals linksstehenden Wochenblatts "Regensburger Echo". Beide Blätter konnten allerdings am 10. März 1933 erscheinen, wenn auch unter Vorzensur, diese wurde aber bald wieder aufgehoben. (Halter 1994, S. 42 f.)

Von nun an begannen die Nazis systematisch Bayern und damit auch Regensburg politisch zu durchsetzen und ihre Gegner auszuschalten.

Bereits am 10. März sprengte ein SA-Trupp, wiederum geführt von Kreisleiter Weigert, eine kurzfristig einberufene Stadtratssitzung, in der Dr. Hipp die Flaggenhissung vom Vorabend öffentlich verurteilen wollte.

Mit dem förmlichen Rücktritt der Regierung Held am 15. März war dann der Weg endgültig frei, Bayern von oben her gleichzuschalten. Die Ministerien und die Polizei waren die ersten Ziele der NSDAP, aber nicht die einzigen. Die Landes-BVP wurde geködert, indem sie das neu geschaffene Wirtschaftsressort besetzen durfte.

Am 20. März 1933 untersagte Innenminister Adolf Wagner ehrenamtlichen Bürgermeistern, die angeblich „marxistischen Parteien“ angehörten, im Interesse von Ruhe und Ordnung die Ausübung des

Amtes - gemeint waren natürlich insbesondere die Sozialdemokraten. Sie waren sofort zu beurlauben. An ihre Stelle traten "kommissarische Stellvertreter im Einvernehmen mit den Beauftragten der Obersten SA-Führung".

Doch beschränkte sich Wagner nicht auf die SPD-Bürgermeister. Sinngemäß sollte seine Anordnung auch angewendet werden auf alle anderen Bürgermeister, denen die Gefährdung von öffentlicher Ruhe, Ordnung und Sicherheit unterstellt wurde.

Damit war auch das Schicksal von Oberbürgermeister Dr. Otto Hipp besiegelt. Er und die Spitzenbeamten der Stadtverwaltung wurden am Nachmittag des 20. März in pöbelhafter Manier von der SA zum Rücktritt gezwungen. Dr. Hipp wurde noch am selben Tag in die

sogenannte Schutzhaft genommen.  
Gleichzeitig kam es auch vor  
anderen Behörden zu  
Volksaufläufen und wohl auch zur  
Inhaftierung unliebsamer  
Mitarbeiter.

Die Ernennung des Nachfolgers  
von Dr. Hipp, Dr. Otto  
Schottenheim, Arzt und ehemaliger  
Freikorpskämpfer, Mitglied der  
NSDAP und der SS seit 1929,  
wurde der Kreisregierung noch am  
20. März 1933 gegen 18 Uhr,  
telefonisch durch das  
Innenministerium bestätigt. – Damit  
war auch in Regensburg ein  
wesentlicher Schritt zur endgültigen  
Ausschaltung demokratischer und  
rechtsstaatlicher Verhältnisse  
getan.

Parallel zur Machtübernahme der  
Nazis in Politik und Verwaltung  
begann der institutionelle und  
persönliche Terror gegen die

politischen Gegner. Bereits am 6. März erfolgten erste Verhaftungen von KPD-Mitgliedern. Aber erst mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch Epp setzten breite systematische Verhaftungen vor allem von Mitgliedern von SPD und KPD ein. Ende März 1933 waren vermutlich etwa 70 Funktionäre dieser Parteien. Noch vor den reichsweiten Boykottmaßnahmen wurden auch 107 der 427 Regensburger Juden, also fast alle jüdischen Familienväter, inhaftiert. Ende April entspannte sich die Lage etwas, angeblich wurden 70 Regensburger Häftlinge aus der Schutzhaft freigelassen.

Der am 8. Dezember 1929 gewählte Stadtrat von Regensburg setzte sich zu Beginn des Jahres 1933 folgendermaßen zusammen:

Oberbürgermeister: Dr. Otto Hipp

Bürgermeister: Hans Herrmann

BVP (14): Engelhardt Keiter  
(Fraktionsvorsitzender), Franz  
Biendl, Max Dauer, Josef  
Deiningner, Fritz Emslander,  
Margarete Gärtner, Josef Gräßl,  
Franz Jepsen, Heinrich Kneidl,  
Johann Oberberger, Wolfgang  
Prechtl, Bartholomäus Riedelbeck,  
Dionys Hummel und Matthias  
Zirngibl

SPD (7): Karl Esser  
(Fraktionsvorsitzender), Josef Adler,  
Josef Barth, Michael Burgau, Ludwig  
Ehrensperger, Hermann Engler und  
Josef Zollitsch

DDP (4): Thomas Härtl  
(Fraktionsvorsitzender), Heinrich  
Christlieb, August Koller und  
Karl Staudinger

Mieter- und Verbraucherschutzpartei

(2): Johann Engl und Franz

Maierhofer

DNVP (1): Dr. Max Priehäuser

NSDAP (1): Anton Fischer (tritt im

Herbst 1930 aus der Partei aus,

legt aber sein Mandat nicht nieder

und schließt sich der „Freien

Vereinigung“ an, die die Stadträte

der Mieter- und

Verbraucherschutzpartei, DNVP

und der Mittelstandspartei umfasst)

Mittelstandspartei (1): Josef Zorzi.

Der systematische Terror gegen den

gewählten Stadtrat setzte nach der

Reichstagswahl am 5. März 1933

ein:

Bereits in der Nacht vom 9. auf den

10. März wurden 15 SPD-Mitglieder

verhaftet, darunter auch der

Fraktionsvorsitzende der Stadtrats-

SPD, Karl Esser. Soweit die Quellen das erkennen lassen, wurden diese Verhafteten nach wenigen Wochen wieder entlassen.

Um den Druck auf den Stadtrat zu erhöhen, wurde auf der Grundlage des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 die Sitzverteilung ohne Legitimation durch direkte Wahlen verändert. Alle Landtage und gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften außerhalb Preußens wurden für aufgelöst erklärt. Sie waren neu zu bilden, und zwar nach der Stimmenverteilung bei der Reichstagswahl vom 5. März, allerdings unter Ausschluss der auf die KPD entfallenen Anteile.

Zwar war das Ergebnis dieser Umgestaltung für die NSDAP in Regensburg enttäuschend, da sie immer noch keine Mehrheit

erreichen konnte. Andererseits lässt die Tatsache, dass keiner der SPD-Vertreter vom gewählten Stadtrat noch dabei war und dass von den 14 gewählten BVP-Räten nur noch sechs berufen wurden, erkennen, wie stark der Nazi-Terror bereits gewirkt hatte.

Die Sitzverteilung sah dann so aus:  
BVP (12): Rechtsanwalt Engelhardt Keiter (Fraktionsvorsitzender), Josef Deininger, Benedikt Götz, Architekt Dionys Hummel, Heinrich Kneidl, Johann Oberberger, Wolfgang Prechtel, Dr. Fritz Pustet, Friedrich Seßler, Dr. Hans Soß, Hans Weigert und Hans Wutzlhofer.

SPD (5): Alfons Bayerer (Fraktionsvorsitzender), Matthias Bauer, Jakob Deubler, Franz Höhne und Max Schinabeck.

NSDAP und Kampffront erlangten zusammen nur 11 (10 + 1) Sitze.

Zynischerweise wurde diese Zusammensetzung in einer als „Wahlausschuss“ deklarierten Sitzung am 22.4.1933 festgestellt.

Die SPD blieb besonders im Visier der Nazis: Wie auf Reichsebene wurde der SPD in Bayern am 22. Juni 1933 jegliche Tätigkeit untersagt. Sämtliche Mandate wurden ihr entzogen; ihr Vermögen war bereits früher beschlagnahmt worden.

Erneut kam es zu zahlreichen Verhaftungen. In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1933 und in den folgenden beiden Tagen wurden 44 führende SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre in Schutzhaft genommen, darunter auch die fünf verbliebenen Stadträte. Sie alle erklärten in den darauffolgenden Tagen ihren Rücktritt. 14 der Verhafteten kamen

am 7. Juli 1933 ins KZ Dachau,  
darunter Karl Esser, Stadtrat Max  
Schinabeck und der Volkswacht-  
Redakteur Rothammer.

Auch sind Fälle schwerer  
Misshandlungen bekannt  
geworden. So wurden der örtliche  
Reichsbannerführer Franz Kobl und  
vier weitere SPD-Mitglieder schon  
am 21. Juni 1933 in der Kaserne  
der "Hilfspolizei", dem ehemaligen  
Greflinger Krankenhaus, furchtbar  
zusammengeschlagen.

Das Ende der BVP nahte, als die  
NSDAP etwa seit Ende Juni 1933  
glaubte, auf sie verzichten zu  
können. Die Nazis betrieben jetzt  
eine Politik der Einschüchterung und  
Zermürbung gegenüber der BVP.

Bereits am 21. Juni 1933 wurden  
bei 39 prominenten Regensburger  
BVP-Funktionären Haussuchungen  
durchgeführt, darunter bei

Ministerpräsident Held und Josef Habel, den Verlegern des Anzeigers, bei Bauernführer Georg Heim und allen Stadträten der Partei.

Gleichzeitig mit der Verhaftungswelle gegen SPD und Gewerkschaften, am 26. Juni 1933 um fünf Uhr morgens, wurden landesweit die Reichs- und Landtagsabgeordneten, die meisten Stadträte sowie zahlreiche weitere prominente BVP-Funktionäre in Schutzhaft genommen - in ganz Bayern bis zu 2000 Personen. In Regensburg neben Bürgermeister Herrmann viele ehemalige und alle zwölf amtierenden Stadträte der Partei sowie drei ihr angehörende höhere Verwaltungsbeamte.

Da zwei BVP Stadträte dem Terror unmittelbar nachgaben und zurücktraten – es waren dies

Dr. Hans Soß und Johann  
Oberberger - wurden am 4. Juli 1933  
noch zwei Nachrücker durch den  
Oberbürgermeister Dr. Otto  
Schottenheim bestimmt:  
Rechtsanwalt Alfons Goppel und  
Schneidermeister Bernhard Suttner.  
– Am selben Tag löste sich die BVP  
selbst auf.

Nachdem die BVP ihre  
Selbstauflösung erklärt hatte, entließ  
man die Häftlinge wieder. Alle  
inhaftierten BVP- sowie einige SPD-  
und Reichsbanner-Angehörige aus  
Regensburg kamen bis 5. Juli 1933  
wieder auf freien Fuß.

Schon viel früher hatte der  
Regensburger Stadtrat aufgehört,  
ein Organ der freien politischen  
Artikulation zu sein, obwohl trotz  
der rechtlichen Winkelzüge der  
Reichsregierung, durch die sich die  
Mehrheiten in den  
Landesparlamenten und den

Stadtratsgremien zu Gunsten der NSDAP neu gestalten sollten, in Regensburg die demokratischen Parteien BVP und SPD bis Mitte Juli die Mehrheit behielten.

Zur Vollständigkeit der Darstellung gehört die Information, dass der neugebildete Stadtrat bis zu seiner letzten Sitzung am 13. Juni 1933 recht einvernehmlich zusammen gearbeitet hat. Sowohl die Wahl Schottenheims, diverse Personalentscheidungen als auch Entscheidungen über Sachfragen fielen häufig einstimmig aus. Es ist müßig zu überlegen, ob dafür der gesteigerte Druck von Seiten der Nazis auf die anderen Stadtratsmitglieder ausschlaggebend war oder der Wunsch, zum Wohl der Bevölkerung in schwieriger Zeit Entscheidungsfähigkeit zu beweisen. Tatsache ist, dass ein halbes Jahr genügt hatte, um den

Widerstand demokratischer  
Stadträte endgültig zu brechen.  
Davon zeugt auch die Tatsache,  
dass selbst bei geheimen  
Abstimmungen oft Einstimmigkeit für  
die Vorschläge des NS-  
Oberbürgermeister zu verzeichnen  
waren.

Doch damit war der Terror noch  
nicht beendet: Männer wie Dr. Otto  
Hipp oder Karl Esser wurden nach  
ihrer Freilassung bis zum Ende des  
Nazi-Regimes immer wieder von  
der Gestapo heimgesucht und  
mussten Hausdurchsuchungen  
über sich ergehen lassen.

Besonders hart traf die  
Terrormaschine den  
Regensburger SPD-  
Landtagsabgeordneten und letzten  
Fraktionsvorsitzenden der  
Stadtrats-SPD, Alfons Bayerer. Er  
wurde - wie berichtet - im Juni 1933  
zeitweise in Schutzhaft genommen.

Wieder in Freiheit, beteiligte er sich maßgeblich am Einschmuggeln von Schriften des im Prager Exil wirkenden SPD-Parteivorstandes über die bayerisch-tschechische Grenze. 1934 wurde er verhaftet und zusammen mit anderen, darunter seinem späterer Schwiegersohn und Regensburger Bürgermeister Hans Weber, 1935 wegen Hochverrats zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Kaum entlassen, verstarb er am 10. Mai 1940 an gesundheitlichen Haftfolgen. (Ehm und Kick)

Die Oppositionellen, die überlebten, fingen nach dem Krieg wieder ganz von vorne an: Zwei Beispiele seien erwähnt: Dr. Otto Hipp († 2. Januar 1952 in München) wurde 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht in Bayern von Mai bis Juni 1945 in das Amt des 2. Bürgermeisters von München berufen und danach zum ersten

bayerischen Kultusminister ernannt.  
Er stellte mit Erlass vom 23. Juli  
1945 die von den  
Nationalsozialisten beseitigten  
Bekennnisschulen wieder her, was  
eine wichtige Weichenstellung für  
die Entwicklung des Schulwesens  
in Bayern war. Aufgrund von  
inhaltlichen Differenzen mit den  
Amerikanern wurde er als erstes  
Mitglied der Regierung Schäffer  
bereits nach wenigen Monaten  
wieder entlassen. 1950 war Hipp  
Präsident des Deutschen  
Katholikentages in Altötting und  
Passau.

Karl Esser († 21. August 1961)  
wurde zum Begründer der ersten  
freien Tageszeitung im Nachkriegs-  
Regensburg, der Mittelbayerischen  
Zeitung.

Wenn wir heute auf diese Ereignisse  
zurück schauen, denken wir in erster  
Linie daran, dass die Prinzipien

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und der Schutz der Menschenwürde systematisch ausgeschaltet wurden. Letztlich konnten aber diese Grundsätze erst über Bord geworfen werden, als es gelungen war, den Rechtsstaat auszuhebeln. Das Rechtsstaatprinzip ist, und das zeigen diese Vorgänge deutlich, das Grundprinzip, auf dem sich Demokratie und Freiheitsrechte erst entfalten können.

Daraus sollten wir die Lehre ziehen die Rechtsstaatlichkeit nicht als etwas Selbstverständliches zu behandeln, sondern ihren Wert und ihre Schutzbedürftigkeit besonders hoch einzuschätzen.

Die demokratisch gewählten Stadträte und der gewählte Oberbürgermeister haben mit ihrer Haltung gezeigt, dass die Kommunen das letzte Bollwerk

gegen den Nationalsozialismus waren und dass es in den Kommunen mutige Männer und Frauen gab, die versucht haben noch aufzuhalten was tatsächlich unaufhaltsam war. Viele Kommunalpolitiker waren danach bedeutende Mitglieder des Widerstandes gegen das Dritte Reich. Diese Kommunalpolitiker haben sich in schwerer, in sehr schwerer Zeit, für Rechtsstaatliche demokratische Verhältnisse eingesetzt und versucht, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Wir gedenken ihrer in Respekt und Achtung; wir nehmen uns ein Beispiel an ihrer Haltung, an ihrem Verantwortungsbewusstsein und an ihrem Mut.